



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Kampf oder Gemeinschaftsarbeit?

Zur Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Die große Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 3. und 4. September in Dresden hat in der Öffentlichkeit einen Widerhall gefunden, wie keine Zusammenkunft dieser Art zuvor. Nicht deshalb, weil mehr als 3000 Personen, unter ihnen die prominentesten Führer von Handel und Industrie, dort versammelt waren, oder weil Reichs- und Staatsminister, begleitet von einer unüberschaubaren Zahl von Behördenvertretern, der Verammlung des mächtigen Unternehmerverbandes ihre Referenz erwiesen und dort das Wort ergriffen, sondern wegen der Äußerungen an sich, die von dort als eine allgemein gültige Meinung der maßgebendsten Organisation der Unternehmer an die Öffentlichkeit gerichtet wurden. Hierher gehören in erster Linie die Reden der Präsidialmitglieder des Reichsverbandes, der Herren Duisberg, Raftl und Silverberg. Namentlich der letztere hat eine Rede gehalten, die sich an die Gewerkschaften wandte und in ihren weiteren Teilen das Verhältnis des Unternehmertums zum heutigen Staat darlegte. Es ist deshalb notwendig, zu den Äußerungen des Herrn Dr. Silverberg Stellung zu nehmen.

Die Rede Dr. Silverbergs.

Dr. Silverberg ist Generaldirektor der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, der maßgebendste Kopf des Rheinischen Braunkohlen-Syndikats und ähnlicher Organisationen der rheinischen Industrie. Als Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie übt er auch dort seinen Einfluß aus. Sein Name wurde öfter genannt, als er gemeinsam mit Stinnes nach der Revolution einen Sozialisierungspan für den Bergbau ausgearbeitet hatte. Es ist nun von besonderer Bedeutung, daß die Rede Silverbergs vorher dem Präsidium des Reichsverbandes vorgelesen hat und von diesem einstimmig gebilligt worden war. Somit können die entscheidenden Stellen der Silverbergschen Rede als eine Meinung der leitenden Mitglieder des Reichsverbandes gelten. Zusammengefaßt sagte Dr. Silverberg folgendes:

Unternehmertum und Republik.

Das deutsche Unternehmertum hat gegen den neuen Staat, wie er sich nach der Revolution gebildet, eine ablehnende Haltung eingenommen. Nachdem für die Wirtschaft und das Volk eine erträgliche Basis geschaffen war und die politische Not zu einer Zusammenarbeit zwischen den nachrevolutionären Regierungen und dem Unternehmertum geführt hat, steht das deutsche Unternehmertum reflexlos auf staatsbejahendem Standpunkt. Alle ernsthaften und pflichtbewußten Menschen haben sich auf den Boden des heutigen Staates und der Reichsverfassung gestellt. Die Anerkennung der deutschen Republik und ihrer Verfassung durch das Unternehmertum wiegt tausendmal schwerer als der parteitaktische Rummel. Silverberg verurteilte dann die Finanz- und Steuerpolitik der Regierung Luther, den er als Freund der Industrie ablehnte. Die Unterstützung des Dawes-Planes durch die Industrie war notwendig und die verflochtenen Jahre haben die Nichtigkeit dieser Politik erwiesen. Bedauerlich ist der Uebergang von selbständigen industriellen Unternehmern in die Form von juristischen Personen. Die so erfolgte Erstarkung des modernen Finanzkapitals hat den unerschütterlichen Handel mit Aktienpapieren gebracht, wodurch das Unternehmertum zum Handels- und Spekulationsobjekt wurde. Die Kartelle und Syndikate waren notwendig, sie werden auch durch die Fortentwicklung zu trustartigen Gebilden nicht überflüssig. Ueber die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterchaft äußerte sich Silverberg zusammengefaßt folgendermaßen:

Unternehmertum und Gewerkschaften.

Es muß dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm

gewerkschaftlich geschulter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen — ich nenne hier den Namen Legien — sich große Verdienste erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei des ersten Reichspräsidenten Ebert gedacht. Der Siegerstimmung unter der Arbeiterchaft ist eine starke Ernüchterung gefolgt. Die Einstellung der Unternehmer zur Arbeiterchaft ist nicht immer glücklich gewesen. Das Unternehmertum hat sich zu spät entschlossen, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterchaft anzuerkennen. Im deutschen Unternehmertum hat sich eine Wandlung der Geister vollzogen. Es hieß sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterchaft in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung findet. Es kann nicht ohne die Arbeiterchaft regiert werden. Das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft liegt nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterchaft. Ich glaube an den Wiederaufbau Deutschlands und der deutschen Wirtschaft, an die Zukunft unseres Volkes. Und weil ich daran glaube, glaube ich an die vertrauensvolle und zukunftsreiche Zusammenarbeit der gewaltigen Kräfte, die in unserem Volke Unternehmertum und Arbeiterchaft darstellen.

Der Ruf nach der großen Koalition.

Soweit Dr. Silverberg. Man muß anerkennen, daß er den Ruf aufbrachte, etwas öffentlich zu betonen, was von breiten Schichten des deutschen Unternehmertums bisher ängstlich vermieden wurde. Sicher war es kein Geheimnis, daß das deutsche Unternehmertum sich längst mit der Republik abgefunden hat. Und dies um so mehr, weil es der erstarkten Schicht der festzusammengeschlossenen Industrie unerwünscht sein kann, daß sich über ihnen eine politische Oligarchie von Junkern, Offizieren und Fürsten erhebt. Keineswegs sind sie geneigt, das Privileg, die stärkste Macht im Staate zu sein, an andere Schichten oder Gruppen abzugeben. Ueberausend klingt das Bekenntnis, daß ohne die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann. Man kann hier vielleicht eine Wandlung sehen, dergestalt, daß die Unternehmer sich mehr als bisher aktiv an den politischen Geschäften des Staates beteiligen wollen. Dies soll aber nicht geschehen, ohne die gleichzeitige politische Mitverantwortung der Arbeiterchaft. Die Staatsgewalt soll von den Unternehmerorganisationen maßgebend beeinflußt werden, das ist der Sinn. Und die Arbeiterchaft soll dabei als Partner gelten. Es ist notwendig, hier die Augen offen zu halten.

Das verpönte Wort Klassenkampf.

Die Arbeiterchaft müßte aber dem Gedanken des Klassenkampfes entsagen, meinte Herr Silverberg. Hier wäre es notwendig, erst die Frage zu klären, was die Unternehmer unter Klassenkampf verstehen. Bekanntlich bildet dieser Begriff ein lebhafter Streitgegenstand selbst unter der Arbeiterchaft. Die Gewerkschaften verstehen unter Klassenkampf in erster Linie das Recht, mit allen Mitteln und auf allen Gebieten für die Rechte der Arbeiterchaft in Staat und Gesellschaft einzutreten. Gerade der gewerkschaftliche Kleinkrieg um den Anteil am Arbeitsvertrage, um den Schutz der Schwachen, um die Regelung der Arbeitszeit, um das Recht des Tarifvertrages, kurzum die unendliche Tätigkeit, die von den Gewerkschaften tagtäglich zum Schutze der arbeitenden Klasse ausgeübt wird — das ist Klassenkampf. Diese Art Klassenkampf feierlich abzuschwören, müssen die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Soll die Arbeitsgemeinschaft wieder aufzuerstehen?

Was nun die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden anbelangt, so ist diese in gewissen Formen von den Gewerkschaften niemals abgelehnt worden. Die Arbeitsgemeinschaft, wie sie 1919 errichtet wurde, ist von den Unternehmern mit

vollstem Bewußtsein sabotiert worden. Wir dürfen niemals jene Zeit vergessen, wo beim Zusammenbruch der Inflation das Unternehmertum sich stark genug fühlte, ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften auskommen zu können. Es ist ein erhebendes Gefühl, daß trotz der seitdem erfolgten zahlenmäßigen Schwächung die Macht der Gewerkschaften wieder so erstarkte, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie in voller Öffentlichkeit die Gewerkschaften zur Gemeinschaftsarbeit einludt. Wenn wir uns auch über die Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterchaft freuen können, so müßten u. E. viele Vorbereitungen zur Gemeinschaftsarbeit erfüllt werden. Auf politischen Gebiete müßte die finanzielle Unterstützung bestimmter Rechtsgruppen aufhören. Das restlose Fallentlassen der Selben gehört ebenfalls dazu. Gerade in der Umgebung des Herrn Silverberg ist das Bestreben lebendig, die Wertsgemeinschaften systematisch grob zuziehen und ihnen tarifliche Fähigkeiten und sonstige Funktionen zuzuerkennen, die bisher die Gewerkschaften als ihre urigenen Domäne betrachteten. Schließlich ist das von der Großindustrie aufgezogene Institut für technische Arbeiterausbildung nichts anderes als eine Hilfe der Wertsgemeinschaften. Als Vorbedingung zu einer Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften müßte der Grundlag gelten, das solche Erträge aufhören. Wir zweifeln daran, ob dies möglich sein wird.

Sollte eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden in den Bereich der Möglichkeit rücken, dann könnte dies nur unter der Bedingung des Gleichen unter Gleichen geschehen. Die Gewerkschaften etwa als Anhängel der Unternehmerverbände gedacht, muß ebenso höflich wie entschieden abgelehnt werden. Es ist abzuwarten, wie sich die Mehrzahl der Unternehmer zu den Worten Dr. Silverbergs stellt. Was dann weiter folgt, muß abgewartet werden. Letzten Endes wird es an den Unternehmern liegen, welche Vorschläge sie den Gewerkschaften machen und wie sie ihnen entgegenkommen wollen. Denn noch gelten für uns die Worte: „Wir fürchten die Danaer, wenn sie Geschenke bringen!“

Die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie brachte so etwas wie eine Sensation. Die mächtigen Herren der Industrie ließen ihre Bereitschaft nach einem Bundesgenossen erkennen. Dabei kamen sie auf die Gewerkschaften, die ihnen die Voraussetzungen zu bieten scheinen, als machtvollste Partner zu gelten. Die Macht des organisierten Zusammenschlusses der Hand- und Kopparbeiter trat wieder einmal in die Erscheinung. Das wird für die Arbeiter und Angestellten ein Signal sein, diese Macht durch eine energische Agitation zu verdoopen.

Probleme des Steinrudgewerbes.

Eine Antwort.

Diese Erwiderung auf den Artikel des H. v. Meyer wurde wegen der Beschränkung bis jetzt zurückgestellt. Die Redaktion.

In Nr. 35 der „Solidarität“ hat sich der Kollege Meyer bemüht, eine kritische Antwort auf den Artikel des Unterzeichneten in Nr. 32 der „Solidarität“ zu verfassen. Leider handelt es sich bei der Antwort des Kollegen Meyer weniger um eine kritische Würdigung des gesamten in meinem Artikel aufgeworfenen Problemkomplexes, als um eine Kritik einiger vom Kollegen Meyer besonders anfällig empfundenen, aus dem Gesamtkomplex lose herausgerissener Worte und Satzteile. Die folgenden Ausführungen werden darum weniger auf die „kritischen“ Äußerungen des Kollegen Meyer eingehen, vielmehr soll Mißverständliches aufgeklärt und falsche Wortstellungen aus dem Ideenkreis des Kollegen M. widerlegt werden.

Die Ausführungen des Kollegen M. unterscheiden sich von den meinigen in einigen Punkten dadurch, daß er 1. keine besondere Kritik des Steinrudgewerbes, sondern nur eine Kritik des graphischen Gewerbes kennt, 2. jede Rationalisierung ablehnt, da diese seiner Meinung nach nur auf Kosten der Arbeiterklasse vor sich gehen kann, 3. lehnt er jedes Berufsbewußtsein

ab und empfiehlt uns 4. die Kur, den ganzen Kapitalismus zum Teufel zu jagen.

Gibt es eine besondere Krise des Steindruckgewerbes? Die zustimmende Antwort zu beweisen fällt mir nicht schwer. Das Steindruckgewerbe gehörte vor dem Kriege zu den Exportgewerben. Seine Absatzmärkte waren hauptsächlich England und Amerika. In der Nachkriegszeit sind diese Absatzmärkte Opfer der Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse geworden. Das Steindruckgewerbe teilt in vielen Punkten das Schicksal der chemischen Industrie. Teilweise war es der Ausbau des eigenen Steindruckgewerbes in den Ländern, teilweise die Umstellung auf andere Herstellungsarten in der Vieffältigkeit, die deutsche Erzeugnisse für den Auslandsmarkt weniger begehrt machten. Dann kommt dazu die Schwächung des inneren deutschen Marktes durch vielfache Umstellung auf Buchdruckerzeugnisse (verbilligte Herstellung, Aufgabe des Qualitätsprinzips), Abwanderung der Aufträge zum Offsetdruck (ebenfalls verbilligte Herstellung) und Verschlebung der Verhältnisse in der Nachkriegszeit (Organisierung der Kette, Lichtkette usw.). Hierzu gesellt sich die allgemeine Wirtschaftskrise, die stark belastet auf das Gewerbe wirkt. Alle diese besonderen Erscheinungen weisen auf eine besonders schwere Belastung des Steindruckgewerbes hin. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Offsetdruck dem Steindruckgewerbe in vielen Fällen angegliedert wurde. Wir haben also alle Veranlassung, von einer besonderen Krise des Steindruckgewerbes zu sprechen, also auch der Krisenlösung im Steindruckgewerbe besondere Beachtung zu schenken. Die vom Kollegen M. geäußerte Auffassung, daß durch die Konzentration größerer Unternehmungen und Vernichtung von Klein- und Mittelbetrieben der gesamten graphischen Industrie ein starker Auftragsabgang sich vollzieht, die zur Dauerkrise wird, trifft nicht in vollem Maße zu. Diese Erscheinung ist nur eine Nuance jener Inponderabilien, die in der heutigen Wirtschaftskrise die Gesamtkrise auslösen.

Lehnt der Kollege M. nun eine besonders krisenhafte Lage des Steindruckgewerbes ab, dann wäre es konsequent und logischerweise richtiger gewesen, er hätte sich eine kritische Stellungnahme zu meinen Ausführungen zur Lösung der Krise im Steindruckgewerbe (die ja seiner Meinung nach nicht existiert) enthalten und Vorschläge zur Gesamtkrisenlösung gemacht. Davon sieht er jedoch ab oder wir müßten seine letzten Ausführungen, den Sturz des Kapitalismus, als einen solchen Vorschlag deuten. Daß dieser „Vorschlag“ heute völlig undistabel ist, versteht sich am Rande. Wir können ja, nach der Auffassung des Kollegen M., in Krisenzeiten nur wenig günstig auf die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken, wo sollen wir da die Kraft hernehmen, den Kapitalismus zu stützen!

Erkennen wir einen krankhaften Zustand des Steindruckgewerbes an, dann liegt es im Interesse der Organisation und der Mitglieder, Mittel zur Heilung zu finden und vorzuschlagen. Weg zur Heilung ist nun der erhöhte Absatz auf dem In- und Auslandsmarkt. Wir sind davon überzeugt, daß die Preisgestaltung für gewerbliche Produkte ein wesentliches Hindernis für den größeren Absatz bedeutet. Darum fordern wir eine Preisherabsetzung. Diese Preisherabsetzung ist nur möglich durch die Intensivierung oder Rationalisierung der Produktion, durch Kürzung der Profitrate, durch niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit. Den letzteren Weg lehnen wir ganz energisch ab. Maßgebend für unsere Ablehnung ist der niedrige Lebensstandard der Arbeiterklasse und die mit der Lohnkürzung verbundene Senkung der allgemeinen Konsumtionkraft. Unsere ganze Aufmerksamkeit gehört also den ersten beiden bezeichneten

Maßnahmen. Die Intensivierung der Produktion ist möglichst durch eine Rationalisierung der Produktion. Insbesondere sind wir der Meinung, daß die Intensivierung der Betriebe energischer betrieben und vielseitiger nach dem neuesten Stand der Technik gestaltet, erhebliche Möglichkeiten zur Intensivierung der Produktion schafft. Von dieser Seite her ist eine Leistungssteigerung in großem Ausmaße zu erwarten, die eine ganz enorme Preisentlastung zur Folge haben kann. Außerdem sind wir aber nicht so bescheiden wie der Kollege M. und fordern weitere Preisentlastung auf Kosten der Profitrate. Trotz der Preisunterbietungen der Unternehmer sind wir sehr wohl der Auffassung, daß noch ein erheblicher Profit übrig bleibt, der unsere Forderungen als richtig anerkennen läßt. Uebrigens möchte ich an dieser Stelle dem Kollegen M. noch sagen, daß die Preisunterbietung der Unternehmer keineswegs ein Opfer ihrerseits, ein Verzicht auf einen Teil der Profitrate bedeutet, nein, sie ist nur ein Zeichen der ungeheuren Ueberspannung der Preistarife. Bei den Unternehmern dümmert jetzt selbst die klare Erkenntnis und sie sind erst dabei, eine Preisstarifherabsetzung vorzunehmen. Fassen wir also alles Gesagte zusammen, dann stärkt sich in uns die Auffassung, daß durch eine Rationalisierung der Produktion und durch ihr folgende Preisentlastung größere



Allein bist du nichts . . .

Abnahmmöglichkeiten geschaffen werden und die unnormale Krise auf ihren normalen Stand gebracht werden kann.

In meinem Artikel habe ich aber noch darauf hingewiesen, daß eine Intensivierung der Produktion auch eine Leistungssteigerung des einzelnen Arbeiters zur Folge hat. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung. Ich behaupte sogar, daß eine intensivere Anwendung der manuellen Arbeitskraft, wenn auch in den meisten Fällen nur vorübergehend, ebenfalls unvermeidlich sein wird. Kollege M. benützt nun diese Sätze, um daraus zu deuten, daß die Meinung huldige, nur durch höhere Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters sei eine kapitalistische Krisenlösung möglich. Angehends hat der Kollege M. den gesamten Artikel nur oberflächlich gelesen oder falsch verstanden, anders ist mir seine Unterstellung nicht recht verständlich.

In meinem Artikel habe ich nun an die Rationalisierung der Produktion die Voraussetzung geknüpft, daß vorerst durch die bisherige Politik des „Schulverbandes“ ein dicker Strich gezogen werden müßte. Eine Rationalisierung des Arbeitsverhältnisses des

Hilfspersonals ist zu einer erfolgreichen Rationalisierung der Produktion notwendig. Hierzu sind von mir verschiedene Forderungen aufgestellt, die der Kollege M. zum Teil gut heißt. Ich fasse meine Einzel-Forderungen dahin zusammen, daß man versuchen müßte, beim Hilfsarbeiter ein Berufsbewußtsein zu schaffen. Dieses ein Wort hat den ganzen Zorn des Kollegen M. gewakt. Meines Erachtens nur aus falschen Erwägungen oder einer Bornengenommenheit heraus. Berufsbewußtsein, Berufsstolz und Berufsegoismus sind absolut nicht in einen Topf zu werfen. Berufsbewußtsein bedeutet für uns Hilfsarbeiter letzten Endes die Tatsache, daß es uns als ungelernete Arbeiter gelungen ist, in einem Gewerbe Fuß zu fassen, das uns für dauernd Arbeit und Brot gibt. Wir sollen uns bewußt sein, einen Beruf gefunden zu haben, den zu erlernen uns widrige soziale oder familiäre Verhältnisse verlagten. Wir brauchen das Berufsbewußtsein, weil wir der Ueberzeugung sind, daß nicht jeder oder jede ohne weiteres in demselben ist, unsere Arbeit zu verrichten. Oder haben etwa die Unternehmer recht, wenn sie behaupten, daß jeder „x-bellebige von der Straße“ dieselbe Arbeit verrichten kann? Ich glaube, die Kollegenschaft wehrt sich gegen eine solche Unterschätzung ihrer beruflichen Tätigkeit ganz energisch. Berufsbewußtsein erweckt auch Arbeitsfreude, also Freude an der Arbeit, die wir als Arbeiter so dringend notwendig haben. Berufsbewußtsein stärkt auch unsere Organisation durch eine feste, dauernde Mitgliedschaft, die in allen Kämpfen solidarisch handeln als Grundgesetz empfindet.

Nun empfiehlt ich den Unternehmern, dem Hilfsarbeiter und der Hilfsarbeiterin durch materielle Zugeständnisse dem Aufkommen des Berufsbewußtseins (einer Voraussetzung zur Rationalisierung der Produktion) die Wege zu ebnen. Verlangt wurden von mir die materiellen und ideologischen Mittel, die dem Arbeiter ein Leben in voller Harmonie mit der heutigen Kulturstufe gestatten. Zur weiteren Erklärung füge ich noch bei, daß ich darunter verstehe, dem Arbeiter einen solchen Lohn zu zahlen und die Arbeitszeit zu gewähren, die ihm den Genuß aller Kulturgüter gewährleistet. Also keine Harmonie mit dem Untertanen und Aufgabe des Klassenkampfes, wie der Kollege M. fälschlicherweise annimmt, sondern Harmonie mit der jeweiligen Kultur. Durch diese Ausführungen glaube ich die Bedenken des Kollegen Meyer und vielleicht auch anderer Kollegen über das „Berufsbewußtsein“ zerstreut zu haben.

In seinen Schlussbetrachtungen kommt nun der Kollege M. zu der Auffassung, daß es eine Rettung aus der kapitalistischen Krise überhaupt nicht gibt. Beseitigung des verrotteten Kapitalismus ist nach M. die Lösung der Zeit. Dielem Herzenswunsch des Kollegen M. schließen wir uns vollinhaltlich an. Nur hat der Kollege M. vergessen zu schreiben, wie das nun wohl innerhalb kurzer Frist erreicht werden kann. Ich glaube, er hat sich zu einer solchen Antwort selbst zu impotent gefühlt und bleibt sie uns deshalb schuldig. Nun, auch wir sind als Gewerkschafter Sozialisten und sind Kämpfer für eine bessere Zukunft der arbeitenden Klasse. Aber unser Kampfobden ist nicht der Himmel, sondern die Erde; unser Kampfziel ist nicht in der Phantastie zurechtgezimmert, sondern sind die derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Unsere Waffe ist nicht die Faust, sondern Hirn und Herz. Wir sehen nicht in jedem Vorkampfe den Beginn einer Weltrevolution, sondern nur den Kampf zweier Mächte um die Anteile am Produktionsertrag. Je mehr es den Gewerkschaften gelingt, den Anteil der Arbeiterschaft zu steigern, je mehr werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse sich zu ihren Gunsten ändern. So werden wir dem Sozialismus schneller näher kommen, als mit dem

Settenwesen und utopischer Sozialismus.

Von Dr. Paul Krüger.

Man hat einmal den Antisemitismus (Judenfeindschaft) den „Sozialismus der Dummen“ genannt. Mit größerer Berechtigung läßt sich das Settenwesen, diese kulturgeschichtlich höchst bedeutungsvolle Begleiterscheinung der religiösen Epoche, als geistesmäßigster Sozialismus der Unwissenden und Unkritischen kennzeichnen. Sie ist jedenfalls eine außerordentlich starke und interessante Erscheinung des sozialen Triebes. Zwangsläufig entwickelte sich jede Kirche innerhalb der unablässigen Kämpfe der menschlichen Geschichte mit ihrer Hierarchie, einem systematischen Aufbau priesterlicher Herrschaft, zu einer starken Stütze der jeweils herrschenden Klasse, zu einem Bestandteil der herrschenden Klasse selbst. Sie stellte dabei bewußt die ichtichtigen Triebe, die Gestaltungs-Wacht, und Bestreben in Richtung und triebhaft vornehmlich durch die Aufspaltung aller individuellen Komponenten der menschlichen Seele. Es bezeugt die Stärke und unantastbare Naturhaftigkeit des mehr sozial als individuell veranlagten Herdeninstinktes, daß alle noch so raffinierten Mittel der Schuchtaupfeisung niemals eine unangefochtene Aufstellung der Priesterherrschaft erröden konnten. Immer wieder empfönte sich gegen sie der Gemeinshaftstriebe innerhalb der Kirche durch die verschönderten Mönchsorden, die ursprünglich kommunistisch angefaßt waren und erst allmählich wieder ihr eigenes Herrschaftssystem, ihre Ordenshierarchie mit autoritärer Wacht der Aelte und Oberen, Ordensgenerale usw. ausbildeten und außerhalb der Kirche in den Reberbewegungen und Setten.

Neben ihrer vielfach radikal-kommunistischen Grundstellung sind die Setten gekennzeichnet durch eine völlig unkritische Stellungnahme zu der von ihnen als einzige Offen-

barungsquelle angenommenen „heiligen Schrift“ oder Tradition.

So können die Setten aller Religionen, sowohl die in der Bewegung der buddhistischen wie in der der mahomedanischen und christlichen Kirche nur als revolutionäre Erneuerungsbewegungen eines in der Form fast slavisch an alte Vorbilder klammernden Gemeinshaftstriebes voll gewürdigt werden. Sie erstreben durchweg wie der utopische, nur ethisch eingestellte Sozialismus in ihrer Gemeinshaft und zu Unkenntnis der radikalen Brüderlichkeit, das Aufgehen von Ich im Du, wahrhafte und schrankenlose aufopfernde Barmherzigkeit wie die Brüder und Rettung der Welt durch Ausbreitung solcher brüderlichen Gemeinshaften über die gesamte Menschheit. Beider werden durch sie sehr viele wertvolle Menschen, auch innerhalb der Arbeiterschaft, der neuen Bewegung des auf völlig anderem soziologischen Boden, dem der solidaren Klassenkampfesbewegung stehenden wissenschaftlichen Sozialismus entgegen, welcher gerechte Verteilung der produzierten Güter in erster Linie, als unerschütterliche Vorbedingung einer freien Menschheit, erstrebt und erst innerhalb solcher Klassenlos Gesellschaft die neuen Aufgaben sozialer Ethik für durchführbar hält. Hinsichtlich aller religiösen Setten läßt sich darum viererlei feststellen: Entsprechend der soziologischen Einstellung der religiösen Epoche vertreten sie in ihrer radikalsten Form den Kommunismus, auch kommunistische Wirtschaftsgemeinschaften primitiver Wirtschaftsforn. Die wirtschaftlichen Einrichtungen sind ihnen aber nur Folgeerscheinungen. Konsequenzen einer echten Brüderlichkeit. Das Primäre ist ihnen die religiöse Wirkung von Einzelseelen zu Einzelseelen, ihre Ethik Individual- und Barmherzigkeit, während der wissenschaftliche Sozialismus vom Wirtschaftlichen des sozial veranlagten Menschen, als dem Primären ausgeht, und an Stelle der Individual- die Solidaritätsethik legt. Er will von Grund auf das ökonomische System der Ge-

ellschaft umstellen und ist darum in erster Linie politisch tätig, sein Streben gilt nur dem reinen Dasein, die Setten betrachten alles Irdische, alles Vorübergehende, Vergänglichste, namentlich das Wirtschaftliche, als nebensächlich und werthen das Leben wesentlich als kurze Prüfungszeit für das ewige Schicksal des Himmels und der Hölle.

Zweitens kennzeichnet alle Setten, die zu einer Zeit entstanden sind, als man zu einer kritischen Stellung zu religiösen Schriften noch nicht gelangt war, oder von solchen abgelehnt wurden, die von den kritischen Forschungsergebnissen nichts wissen, eine völlig unkritische, schlichte, stubengläubige Stellungnahme zu den grundlegenden Schriften ihrer Religion, bei der die eine oder die andere Stelle von ihnen mit besonders hartnäckiger Konsequenz buchstäblich vertreten wird.

Drittens sind sie ausgezeichnet durch eine lebendige Gemeinshaftbetätigung, brüderliche Liebesbetätigung, die ihre Mitglieder fest aneinander fäst und sie nach je eintönigsten Belegungen von außen unzugänglich macht. So unterliegen innerlich überzeugte Settenanhänger durchweg einer schweren Selbstkugelfähigkeit, die sich bis zu krankhaften Zuständen zu steigern pflegt und sie unempfindlich macht gegen wissenschaftliche Erkenntnisse überhaupt. Darum verlagten Settenmitgliedern gegenüber durchweg die stärksten wissenschaftlichen Beweisauführungen, es ist ihnen nur durch Nachweis und Beispiel, daß eine höhere und stärkere Gemeinshaft im neuen Leben solidare Kultur herrscht, bezugkommen, die seelische Hörigkeit, in der sie sich in ihrer Engefinden befinden, zu erschüttern. Erst so am elgeten und höchsten Wert ihrer Gemeinshaft schwanfend werdende zeigen sich dann wissenschaftlicher Auffassung fähig und zugänglich. An einer derart der Profitier ergebenen Klassen-zerklüfteten Gesellschaft werden immer vorwiegend Unwissende dem stärkeren Opium des Settenertums verfallen, und je stärker sich die befreiende solidare Ethik durchsetzt,

hysterischen Geschrei nach dem „Sturz des verruchten Kapitalismus“. Der heutige Weg der Gewerkschaften, von der Mehrzahl der Kollegenschaft gutgeheißen, hilft der Kollegenschaft die Not des Alltags überwinden und gibt ihr die Kraft zu streben und zu kämpfen für ein freieres Menschtum, für die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft. H. K. a. u. s.

Die Anlegerrinnen „ausgebildet“ werden.

Von der „Lebungsschule einer Versuchsdruckeri“ konnte dieser Tage der „Vorwärts“ Erbauliches berichten. Vor dem Berliner Gewerbegericht hatte sich der Inhaber der Buchdruckerei „Petefo“ wegen unentgeltlicher Bezahlung zu verantworten.

Dieser Herr, der kein Buchdruckfachmann ist, sondern sich stolz „Buchbinder-Innungsmeister“ nennt, betreibt eine Buchdruckerei. Er bildet junge Mädchen als Anlegerrinnen aus, zahlt ihnen aber nicht den Lohn.

Vor dem Gewerbegericht wurde er gefragt, ob er schon einmal etwas von „Lehrlingszucht“ gehört habe. Hier stellte er sich dummi und sagte „nein“. Auf die weitere Frage, ob er denn nicht wisse, daß ein allgemein verbindlich erklärter Tarifvertrag bestehe, kam die prompte Antwort: „Nein!“ Auf die Frage des Organisationsvertreters, wieviel Maschinen er denn hätte und wer die Lehrlinge ausbildet, antwortete er kühl: „Zwei Tigel“ (eine mit Fuß- und eine mit elektrischem Betrieb). In Gegenwart von Fachleuten — Betriebsleiter aus einem Großbetrieb — war er noch so kühl, zu behaupten, daß die Mädchen in seinem Betriebe mehr lernen als in den best eingerichteten Betrieben Berlins.

„Ausgebildet“ werden die Mädchen von ihm, seinem 17 Jahre alten Sohn, der kein Buchdrucker ist, und einem Schweizerdegen. Beschäftigt werden zwei bis drei Lehrlingmädchen im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren gegen einen Monatslohn von 4 Mk. Dieser steigt sich innerhalb der Lehrzeit in bestimmten Abständen bis zur „Höhe“ von 4,50 Mk. Ist die „Lehrzeit“ beendet, entläßt dieser Ausbeuter die jungen Mädchen.

Ein Vorwärtstommen der Mädchen bei dieser Ausbildung ist völlig ausgeschlossen. Der Beruf erfordert mehr Kenntnisse, als man sich in diesem Musterbetriebe erwerben kann. Weil der Herr Innungsmeister keine Berechtigung hat, Lehrlinge auszubilden, wendet er den Trick an und nennt seine Bruchbude „Lebungsschule der Versuchsdruckeri Petefo“.

Wenn solchen Ausbeutern das Handwerk gelegt werden soll, haben die Eltern die Pflicht, streng zu prüfen, wo und was ihre Kinder lernen. Leider ist immer noch der Aberglaube verbreitet, daß der Beruf einer Anlegerin leicht und angenehm ist. Wir warnen vor diesem Aberglauben. Die Tätigkeit einer Anlegerin birgt viele Unfallgefahren in sich. Das ständige Stehen auf der Maschine wirkt außerordentlich nachteilig auf den weiblichen Organismus. Diese Gefahren vergrößern sich bei jungen in der Entwicklung befindlichen Mädchen naturgemäß ganz außerordentlich, so daß es durchaus keine Seltenheit ist, daß Anlegerinnen im noch jugendlichen Alter von 18 bis 20 Jahren bereits mit Weisheitszähnen infolge des Stehens.

Jedenfalls können Arbeiterkinder nicht dringend genug gewarnt werden, ihre Kinder in derartigen Lebungsschulen zur Ausbildung unterzubringen.

Die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches.

Leichte Konjunkturverbesserung.

In einer Anzahl von Industriezweigen konnte in den Monaten Juli und August eine Belebung der Geschäftstätigkeit beobachtet werden. Vor allem sind

je mehr Träger des Sozialismus fähig werden, sich ihrer spießigen bürgerlichen Lebensart zu entziehen, desto eher wird es gelingen, die oft sehr wertvollen Menschen, die hilflos sich einer Sekte verschreiben, der neuen Kultur zu eröbern. Durch Verurteilen und Väterlichmachen der Sekten erreicht man dagegen nichts.

Wertens kennzeichnet die Sekten die Aufrechterhaltung einer neuen Glaubensautorität durch den Gründer der Sekte. Auch darin offenbart sich deutlich die Zugehörigkeit der Sekten zur primitiven soziologischen Epoche, die absoluten Herrschertum vertritt, wie es überall in der frühen Zivilisation die menschliche Gesellschaft kennzeichnet. Auch heute noch wollen primitive Menschen einen Herrn, durch seine Vermittlung und Macht Erlösung, ihm die Verantwortung überlassend. Auch das bürgerliche System des Kapitalismus vertritt die Idee des Herrtums, aber bereits in innerlicher Morschheit. Darum ist die Beteiligung am Sektenwesen in agrarischen und gewerblichen Kreisen im Mittelstande stärker als in industriellen Schichten. Je mehr sich objektive Arbeitsformen durchsetzen, desto mehr wird die abstraktste Grundlage des Sektenvertrahns erfüllt.

Aus dem schier unübersehbaren Sektenleben seien nur einige Beispiele hervorgehoben.

1. Die Chaffidim.

Am Ostjudentum tritt besonders die Sekte der Chaffidim — der Frommen — hervor. Sie wurde im Mittelalter in Padolun um 1740 durch den Propheten Israel Baal Schen, den Wunderwahrer, gegründet, der sich „Gottes Statthalter auf Erden“ nannte. Er verübete, daß man nur durch ihn allein mit Göttern verkehren könne und gestaltete das Aukosten irdischer Freuden.

2. Die Methobisten.

Die heute wichtigsten christlichen Sekten sind gleichfalls im vorigen Jahrhundert in einer Zeit besonderer Verteilung

dies die beiden Industriezweige, welche aus dem englischen Bergarbeiterstreik Nutzen ziehen: der Kohlenbergbau und die Eisen- und Stahlerzeugung. Die Förderziffern im Kohlenbergbau erreichten für sich bereits die Vorkriegsziffern; das Stahlartell hat die Produktionsbeschränkung weiter abgebaut, im August wurden bereits 70 Prozent der Leistungsfähigkeit erreicht. Die Produktion von Kohle belief sich im Juli auf 787 000 Tonnen gegen 720 000 Tonnen im Juni, die Stahlerzeugung auf 1 022 000 Tonnen gegen 977 000 Tonnen im Juni. Leider war die erhöhte Produktion nicht von einer erheblichen Entlastung des Arbeitsmarktes begleitet. Der vermehrte Kohlenabsatz führte zunächst zur Verminderung der Halbenbestände und zum Abbau der Feierschichten. Es wurden nur einige Tausend Bergarbeiter neu eingestellt, während noch immer 35 000 arbeitslos sind. In der Eisen- und Stahlerzeugung wurde die vergrößerte Nachfrage teils ohne Mehr-Einstellung von Arbeitsträgern dank der organisatorischen Reuektionen bewältigt, teils wurde die Kurzarbeit vermindert oder mit Ueberstunden gearbeitet.

Neben diesen Industriezweigen war die Konjunkturbelebung am fühlbarsten in der Textilindustrie, wo vor allem die Wollindustrie eine große Steigerung der Geschäftstätigkeit aufweist; auch der Seiden-



Verleint, eine Nacht!

industrie ging es erheblich besser. In der Baumwollindustrie war die Besserung weniger fühlbar. Auch in der Textilindustrie wirkte sich jedoch die Absatzbelebung nur in verminderter Kurzarbeit, nicht aber durch Neueinstellungen aus. In der letzten Zeit hat sich auch die Lage der Schuh-, Leder- und Papierindustrie verbessert. Das Baugewerbe liegt immer noch daneben. Am 9. August waren noch 18,9 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm brachte demnach bisher noch wenig Erleichterung. Auch aus der Maschinenindustrie wird keine Besserung der Konjunktur gemeldet. Das Ergebnis der Leipziger Messe, das als Gradmesser zur Beurteilung der Konjunktur zu dienen pflegt, hat dem oben entworfenen Bild entsprechen; es war bedeutend besser als das der Frühjahrmesse und erfüllte die recht gemäßigten Erwartungen. Infolge der schwachen Kaufkraft der Bevölkerung waren jedoch die Käufer zurückhaltend und haben nur ihren dringenden Bedarf gekauft. Deshalb hielten sich die an sich zahlreichen Umsätze in mäßigen Grenzen.

Die auf der Leipziger Messe verlangten Preise deuten auf eine bevorstehende Steigerung der Großhandelspreise hin. In der Preisbewegung der letzten

Zeit war das wichtigste Ereignis, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte die Höhe der Industriepreise nicht nur erreichten, sondern erheblich überschritten, d. h. die „Schere“ wurde nicht nur geschlossen, sondern wieder geöffnet, diesmal aber zugunsten der landwirtschaftlichen Produkte. Im Juli war der Gesamtindex für Industrieartikel 124,1, für landwirtschaftliche Produkte 131. Dies trotz der billigen Getreidepreise während dieses Sommers. In den letzten Wochen zeigt sich wieder eine Wendung, insofern die Getreidepreise, obwohl die diesjährige Weizenernte etwa um 15 bis 25 Prozent ungünstiger ausgefallen ist als die vorjährige, teils aus weltwirtschaftlichen Gründen — großes Angebot aus den Vereinigten Staaten —, teils infolge der minderwertigen Qualität der deutschen Weizenernte erheblich zur rückgegangen sind. Es kommen aber nur mäßige Posten zum Verkauf, weil die Landwirte infolge Bereiftellung billiger Kredite und durch die Möglichkeit, ihre Getreidevorräte von den Genossenschaften beschaffen zu lassen, der Zwangslage eines sofortigen Verkaufs ihrer Vorräte entzogen sind.

Die finanzielle Abwicklung der Ernte erfolgt ohne starke Belastung des Geldmarktes. Die Geldflüssigkeit ist zwar etwas geringer geworden, auch ist der in den ersten fünf Monaten des Jahres andauernde Zinsabbau bereits seit Mai zum Stillstand gekommen. Trotzdem hat sich die Lage des Geldmarktes im wesentlichen nicht geändert. Die vorhandenen Kapitalien dienen noch immer in erster Linie zur Finanzierung der Effektenpekulation und der Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften. Die Erhöhung der Aktienkurse hat sich nach einem kleinen Rückschlag im Juli im August wieder fortgesetzt. Die Aktien der gemischten, elektrischen, Schwerindustrie, Papierindustrie, Bierbrauereien, Schiffahrt, Eisenbahnen und Banken sind weiter sehr erheblich gestiegen. Die Kurssteigerungen der Aktien des Farbentrakts waren wieder außerordentlich groß. Die Großbanken sind in Schritten zu erheblichen Erhöhungen ihres Aktienkapitals, so die Dresdner Bank und die Disconto-Gesellschaft, während die Deutsche Bank die im vergangenen Jahre in Amerika untergebrachten Aktien im Betrage von 40 Millionen Mark nach Deutschland zurückbringt. In diesen Leistungen spiegelt sich die sehr gestärkte Lage der Banken wider. Der Farbentrakt hat eine ungeheure Kapitalserhöhung von 646 auf 1100 Millionen Mark beschlossen. Legt man die Börsenbewertung dieser Aktien zugrunde, so ist damit in diesem deutschen gemischten Trakt ein Kapital von fast drei Milliarden konzentriert.

Die Handelsbilanz hat sich, nachdem sie in den ersten fünf Monaten des Jahres dauernd aktiv war, in den Monaten Juni und Juli in eine passive umgewandelt: der Einfuhrüberschuß betrug im Juni 35 Millionen, im Juli 126 Millionen Mark. Die Passivität wurde nicht durch einen Ausfuhrrückgang, sondern durch die erhebliche Steigerung der Einfuhr verursacht. Teils wurden infolge der vermehrten Industrietätigkeit Rohstoffe in größeren Mengen eingeführt, teils aber erfolgten mit Rücksicht auf die Erhöhungen der Getreidezölle am 1. August große Voreindeckungen. Auch ausländisches Kapital strömt wieder in erheblicher Höhe ein, was ebenfalls zur Steigerung der Einfuhr beiträgt. In der Handelspolitik der letzten Monate war das wichtigste Ereignis der Abschluß des deutsch-französischen Handelsprotokolls. Zollpolitisch bedeutet es insofern einen großen Fortschritt, als es auf Grundlage der Meißbegünstigung, bzw. seitens Frankreichs, das dieses System nicht kennt, auf Grundlage eines Minimaltarifs (dessen Wirkung der Meißbegünstigung gleichkommt) abgeschlossen wurde, und außerdem, weil für etwa die Hälfte der vereinbarten Waren die Zölle auch gebunden wurden, d. h. trotz etwaiger späterer Erhöhung der autonomen Zollsätze bestehen bleiben. Diese Fortschritte werden jedoch z. T. durch die Kontingentierung der zollbegünstigten Warenmengen bei vielen Artikeln aufgewogen. Inhaltlich ist die Bedeutung des Abkommens für die deutsche Industrie schwer zu übersehen. Die französischen Zugeständnisse für die deutsche Industrie der Metallzweignisse, für die elektrotechnische, chemische, Glas- und Lederindustrie sind ziemlich weitgehend. Hätte man nicht mit Rücksicht auf die internationale Propaganda Zugeständnisse für die französische Wein- und Obstindustrie und die Ausfuhr anderer landwirtschaftlicher Produkte verweigert, so wäre das Abkommen für die deutsche Industrie viel günstiger ausgefallen. Man war sorgfältig darauf bedacht, der deutschen Landwirtschaft keine Konkurrenz zu bereiten. Die Eisenzölle wurden im Abkommen mit Rücksicht auf den bevorstehenden internationalen Eisenpakt nicht geregelt; es scheint, daß die Regierungen in dieser Hinsicht auf eigene Entscheidungen verzichten und sich ganz unter die Botmäßigkeit der privaten Beteiligten begeben wollen. Bisher vermochte die deutsche Industrie so gut wie nichts nach Frankreich auszuführen. Das neue Abkommen wird vielleicht die Möglichkeit geben, die Wiedergewinnung des französischen Marktes in Angriff zu nehmen.

Das zweite Reparationsjahr wurde Ende August beendet; von den 1220 Millionen Mark, die in diesem Jahre zu zahlen waren, entfielen etwa 700 Millionen auf Sachlieferungen und zur Bestreitung der Besatzungskosten, der Rest wurde in fremder Währung überweisen zur Begleichung der Zinsen für die Repa-

des Kirchenwesens entstanden und vielfach bereits den erneuten Prozeß einer Vertiefung gegangen, so daß bereits ausgereifte Sektenkreise bestehen. Dahin gehört die 1788 von dem Bupprediger Johannes Wesley in England gegründete Kirche der „Bischöflichen Methodisten“. Seine Predigten machten gewaltigen Eindruck und es bildeten sich bald kleine Gemeinden. Man nannte sie „Methodisten“, weil sie sich allein weltlichen Vergnügungen fernhielten und Kräfte und Gefangnisse aufsuchten. Die Bezeichnung der Gegner wurde, wie oft in der Geschichte (z. B. die niederländischen Quaken) später von den Anhängern übernommen und so Wesley das „Bischöfliche“ an der eigentlichen Lehrentzweigung übernahm, kam die Benennung „Bischöfliche Methodistenkirche“ auf. Man machte die Latenzpredigt zur festen Einrichtung, predigte auf Straßen und Märkten und richtete das Hauptbestreben darauf, das Evangelium den Menschen in fester schlaffen Größe so nahe zu bringen, daß es sich an ihrem Bewußtsein bewahren könne. Während die Methodisten sonst auf dem allgemeinen Boden des christlichen Glaubensbekenntnisses stehen, haben sie einige Lehren besonders hervorgehoben, so die vorantretende göttliche Gnade, die dem Menschen in seinem gefallenen Zustande entgegenkommt. Sie betonten ferner, daß ohne Wiedergeburt, das heißt ohne Erneuerung des Menschen durch den Heiligen Geist, niemand zu Gott kommen könne.

Sie trennten sich von der Staatskirche, weil diese sich gegen Wesley feindlich stellte. Jetzt ist sie als Zweig des englischen evangelischen Kirchenrechts anerkannt und namentlich in Amerika weit verbreitet. Die Prediger werden jetzt in drei bis vierjährigen Kursen auf dem Seminar ausgebildet und haben dann vier Jahre im Predigtamt jedes Jahr ein Examen über vorgelieferte theologische Fragen zu bestehen. (Schluß folgt.)

rationen anleihen und der Reparationsabgaben, die bei der deutschen Ausfuhr nach England und Frankreich erhoben werden, während 65 Millionen Mark als sogenannte "Bartransfer", d. h. direkte Uebermittlung von Devisen, erfolgten. Im dritten Reparationsjahr waren nach dem Dawesplan 1200 Millionen Mark zu bezahlen. Hinzu kommt noch eine Mehrbelastung von 250 Millionen Mark auf Grund des "kleinen Besserungsscheins", d. h. als Folge der erheblichen Erhöhung der Einnahmen aus Zöllen und den verpfändeten Verbrauchssteuern. Diese Mehrleistungen sollten eigentlich erst im vierten Reparationsjahr bezahlt werden. Auf Grund einer Vereinbarung des Finanzministers mit dem Reparationsagenten wird die Mehrbelastung aus dieser Zunahme für die kommenden zwei Jahre im Betrage von 500 Millionen bereits im dritten Reparationsjahr entrichtet, wofür ein Nachschlag von 200 Millionen gewährt wurde.

Der Konzentrationprozess in der Industrie schreitet in allen seinen bekannten Formen — Fusionen, Interessengemeinschaften, Kartellgründungen — weiter fort. Fusionen erfolgten in der letzten Zeit in der optischen Industrie, wo unter der Führung der Carl-Zeiß-Stiftung sämtliche großen Fabriken für photographische Apparate, Ernemann-Werke, Contessa-Kittel, Goetz und Aca, die bereits früher einer Interessengemeinschaft angehört, zu einem großen Trust umgeformt wurden, im Berliner Holzgeräthgewerbe und im Versicherungswesen. Ferner bestehen Pläne zur Verschmelzung einer Anzahl von Fabriken in der Schwarzwalder Uhrenindustrie und in der Messing- und Zinnschmelzerei (Mansfeld-Hirsch-Rupfer). Unter den jüngst gegründeten Interessengemeinschaften ist die S. G. für Seidenfabrikation hervorzuheben, unter den neuen Kartellen das Kartell der Eisenhändler, ein Kartell, das zum Ausbau und zur endgültigen Wollendung des Monopols der deutschen Schwerindustrie nötig war. Das neugegründete Kartell für die Kunstseidenindustrie umfasst den überwiegenden Teil der deutschen Kunstseidenproduktion. Die Besitzer von Lichtspieltheatern haben sich ebenfalls in ein Kartell zusammengeschlossen. Die endgültige Schaffung des internationalen Eisenpastes konnte infolge von Schwierigkeiten seitens der belgischen Eisen- und Stahlindustrie vorerst nicht erfolgen. Trotzdem rechnet man mit einem baldigen Zustandekommen dieser mächtigen Monopolorganisation. A. H.

Gau 9 (Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe).

Gautag.

Am 28. und 29. August hielt der Gau 9 seinen siebenten ordentlichen Gautag in Delmold im Hotel Osdon ab. Erschienen waren 30 Delegierte aus 22 Zahlstellen. Ferner waren anwesend Kollege Horack vom Hauptvorstand, der Gauleiter Kollege Spartzühl sowie je ein Vertreter des Buchdrucker-, Stein drucker- und Buchbinderverbandes, ein Vertreter des Ortskartells und der Redakteur des "Vollstimm" in Delmold als Gäste. Eingeleitet wurde der Gautag durch eine von der Zahlstelle Delmold veranstaltete Begrüßungsfeier, bei welcher Darbietungen von künstlerischem Wert gegeben wurden, die bei allen Anwesenden den besten Eindruck hinterlassen haben und mit reichem Beifall belohnt wurden. Den Stunden erbaulichen Inhalts folgten am zweiten Tage Stunden ernsten Charakters und wertvoller, sachlicher Arbeit. Alle Anwesenden waren stichlich bemüht, in voller Einmütigkeit die Probleme, die aus der herrschenden Wirtschaftskrise sich für unsere Bewegung ergeben, zu erfassen und zu lösen.

Der Bericht des Gauleiters zeigte an Hand von Zahlen die stetig aufsteigende Linie unserer Organisation trotz Wirtschaftskrise in eindringlicher Weise. Es macht sich jetzt in klarer Form eine gewisse Stetigkeit und innere Festigung innerhalb der Mitgliedschaft bemerkbar, ohne zu verkennen, daß noch harte Aufklärungsarbeit und reger Agitationstätigkeit nötig ist, um die uns gesteckten Ziele zu verwirklichen. In unermüdlicher Fleißarbeit der Funktionäre gilt es, eine Kampffront zu schaffen, die nicht nur Widerstand gegen Verflechtungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen leisten soll, sondern auch darüber hinaus jederzeit bereit ist, Verbesserungen zu erstreben. Zur Larifrage erläuterte Redner an Hand von Beispielen aus einigen Zahlstellen, daß Attakten der Unternehmer gegen die tarifliche Regelung überall dort abgewiesen sind, wo durch Geschlossenheit und festen Kampfwillen sowie tatkräftige Unterstützung der Bruderorganisationen die Macht und Stärke unserer Organisation in Erscheinung trat. Der Mitgliedsbestand erhöhte sich in der Berichtsperiode 1924 bis 1926 von 1690 auf 2376 Mitglieder. An Beitragsmarken wurden verkauft im ersten Berichtsjahr 89 580 Stück, im zweiten Berichtsjahr 107 303 Stück. Beitragsfrist waren im ersten Berichtsjahr 1474 Mitglieder 6787 Wochen, im zweiten Berichtsjahr 2901 Mitglieder 17 384 Wochen. Es haben stattgefunden vier Gauleiterkonferenzen, ein Verbandstag und eine Kaffiererkonferenz. Aus den Situationsberichten der Zahlstellen sind die Ausführungen der Kollegen Wambacher-Hannover und Buittemann-Oldenburg bemerkenswert. Ersterer hob die Schwierigkeiten hervor, die sich durch die Einrichtung von Hausdruckereien innerhalb der großen Industriezweige für die Anwendung des Reichstakris für die dort Beschäftigten ergeben. Hier ist das Arbeitsnachweisgesetz ein Hindernis für Anwendung des Reichstakris trotz Verbindlichkeitsklärung. Ferner machte sich in letzter Zeit Betriebspöbelerei sowie Vorstoß auf das Koalitionsrecht in manchen Betrieben unangenehm bemerkbar. Auch war mehrfach Anlaß für Anrufung der Gewerbeinspektion zur Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes gegeben. Die Durchsetzung der Betriebe mit Mitgliedern von rechtskräftigen Verbänden warf die Frage auf, ob Angehörige väterlicher Organisationen zugleich auch Mitglieder unseres Verbandes sein dürfen. Diese Frage wurde vom Kollegen Spartzühl dahin interpretiert, daß auf-

tretende Störungen sofort mit naturlichen Mitteln beantwortet werden müssen. Im allgemeinen war aus allen Zahlstellen eine günstige Entwicklung der Organisation zu erfassen.

Zu dem gedruckt vorliegenden Bericht der Gau- und Sterbetafel waren Anträge der Zahlstelle Braunschweig sowie des Gauvorstandes auf Veränderung der Höhe des Sterbegeldzuschusses gestellt, von denen der Antrag des Gauvorstandes gegen drei Stimmen angenommen wurde. Die Einnahmen der Kasse für den Berichtsjahr 1924 bis 1926 betragen inkl. Raffensbestand 8233,36 M., die Ausgaben 6121,63 M., so daß ein Raffensbestand von 2111,72 M. verbleibt. Die Einnahmen der Sterbeunterstützungskasse für den Berichtsjahr 1924 bis 1926 betragen inkl. Raffensbestand 3802,76 M., die Ausgaben betragen 555 M., so daß ein Raffensbestand von 3247,76 M. verbleibt. Eine Resolution, in welcher dem Gau- und Hauptvorstand volles Vertrauen und Dank für unermüdlische Arbeit ausgesprochen wird, fand einstimmige Annahme.

Ein Referat des Kollegen Horack über "Gewerkschaftliche Zeitfragen" zeigte in großen Linien die Weiterentwicklung des Tarifgedankens innerhalb unserer Bewegung. Unter eingehender Würdigung der Vorteile einer zentralen, einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gipfelten seine Ausführungen dahin, daß über diese Frage heute eine einheitliche Auffassung innerhalb der gesamten Mitgliedschaft bestehe und auch für das Steindruckergerberbe das sich hieraus ergebende Ziel erreicht wird. Allen Widerständen zum Trotz gilt es, unsere Reihen zu festigen in dem Bewußtsein, daß uns Früchte nicht mißgögen in dem Schoß geworfen werden. Intensive Ausbildung des Funktionärkörpers und rastlose Klärungsarbeit werden unserer Kollegenschaft den Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein sichern helfen.

Der Punkt "Agitation" nahm seiner Bedeutung entsprechend einen wichtigen Raum der Tagung ein. Die internationale Werbewoche wird Anlaß geben, erhöhte Tätigkeit zu entfalten und hierzu wurden wertvolle Fingerzeige gegeben. Der Jugend besonderes Augenmerk zu schenken, ist Pflicht der Selbsterhaltung und auch hier muß bisher Verkanntes nachgeholt werden.

Unter Punkt "Anträge" lag ein Antrag Oldenburg vor, welcher die Karenzzeit bei Krankheit und Arbeitslosigkeit von 52 auf 26 Wochen herabsetzen will. Derselbe soll dem Verbandstag überwiesen werden. Ein Antrag Seer betr. Herausgabe des Mitteilungsblattes für den ganzen Gau soll berücksichtigt werden. Der Antrag Osnaabrück betr. Ausarbeitung eines Orts- und Gaustatuts wurde angenommen. Der Antrag Hannover betr. Einführung einer Invalidentrutzungsstufe für den Gau 9 rief eine lebhaft Debatte hervor. Der Antrag wurde zurückgezogen und der Gauvorstand beauftragt, statistisches Material zu sammeln und dem nächsten Verbandstag ausreichendes Material und entsprechende Anträge zu unterbreiten. Als nächster Tagungsort wurde dann noch mit 15 gegen 14 Stimmen Oldenburg bestimmt.

Vor dem Schlußwort sprach Kollege Klarchhs nochmals allen Delegierten den Dank der Zahlstelle Delmold aus. Im Namen der erschienenen Gäste brachte der Buchdrucker Kittermann zum Ausdruck, daß auch sie als Vertreter der Organisationen des graphischen Gewerbes regen Anteil an der Tagung genommen hätten. Er erklärte, daß die Gehilfen alles daran setzen werden, die Bewegung vorwärtszutreiben.

Im Schlußwort sprach Kollege Spartzühl seine Befriedigung über das geistliche Arbeiten und den guten Verlauf der Tagung aus und dankte den erschienenen Gästen für das bekundete Interesse. Ein Hoch auf unsere Organisation beendete die Tagung. G. I. P o l a n o w s k i.

Aus den Zahlstellen.

Bielefeld. Mitgliedserversammlung vom 30. August 1926. Nach Verlesen des Protokolls gab Kollege Suß den Kassensbericht. Kassiererevisor Kollege Wallenfort hatte die Kasse geprüft und sie in Ordnung gefunden und hat um Entlastung des Kassierers, die einstimmig erteilt wurde. Dann nahm Kollege Horack zu seinem Vortrag über "Die wichtigsten Aufgaben unserer Organisation für die nächste Zeit" das Wort. Er führte aus, daß es für die Zukunft besonders wichtig sei, für einen besseren Versammlungsbuch zu sorgen. Seine weiteren Ausführungen, welche von den Anwesenden mit großem Interesse verfolgt wurden, zeigten den Ernst der augenblicklichen Lage. Das einzige Abwehrmittel gegen Unternehmerwillkür sei nur der engste Zusammenschluß in der Organisation und Erfüllung auch des letzten Unorganisierten. In der nun folgenden Diskussion nahmen die Kollegen Kleiner, Gutshuf, Jampf, Hill und der auch anwesende Gauleiter, Kollege Spartzühl, das Wort. Letzterer machte besonders auf die Werbewoche vom 11. bis 19. September aufmerksam. Zweck derselben sei, in dieser Woche alles zu versuchen, auch den letzten Laufenstehenden in die Organisation aufzunehmen. Hierbei müßten die Funktionäre und Vertrauensleute und alle organisierten Kollegen und Kolleginnen helfen, damit dieser Werbewoche ein voller Erfolg beschieden sei. Im Besonderen gab Kollege Suß bekannt, daß vom 20. bis 26. September im "Bunten Haus" in der Senne eine Schulungswoche sei. Wer an derselben teilnehmen wolle, müßte sich bei ihm melden. Weiter führte er aus, daß zu den jetzt stattfindenden Krankentafelwahlen für uns ein Vertreter in Frage kommt. Einige Betriebsangelegenheiten, welche er anführte, zeigten, daß es immer besser sei, in vororkommenden Differenzen sich gleich an ihn zu wenden, ehe es zu spät ist.

Dresden. Am 17. August fand im vollbesetzten großen Volkshausaal eine Versammlung der Stein- und Buchdruckerpersonalen statt, um den Spruch des Landesrichters in Sachen unseres Tarifstreites entgegenzunehmen. Kollege Hermann führte etwa folgendes aus: Da die letzte Versammlung den Spruch des Schlichtungsaususses abgelehnt hat, haben die Unternehmer die Verbindlichkeit dieses fünfprozentigen Lohnabzuges beim Landesrichtler beantragt. Am 12. August hat eine Vorbesprechung dabeisth Statuegefunden, in der unsere Kommission den Vorstoß machte, den alten Tarif bis Ende November zu verlängern. Die Prinzipale beharrten auf die Verbindlichkeitsklärung, obgleich sie verkrierten, daß nur sie als Kommission, nicht aber ihre Auftraggeber ein Interesse am Tarif hätten. Dem Ansinnen der Unternehmer wurde jedoch nicht entsprochen,

dem der Schlichter lehnte die Verbindlichkeitsklärung ab. Nun galt es, die Augen offenzuhalten und keine Sonderabmachungen in den Firmen zu treffen. Falls einige Unternehmer den Lohn kürzen wollten, müsse eine Anklagefrist auf die Zeit der Kündigungsdauer vorausgehen. Jede Verschlechterung sei abzulehnen, auch müßten alle Vorkommnisse in dieser Richtung sofort dem Bureau gemeldet werden. Nicht nur in Dresden, sondern auch in anderen Städten verlange man abzubauen. In Leipzig sei ein tarifloses Verhältnis eingetreten, obwohl die alten Löhne weitergezahlt werden. Wir wären es den anderen Kollegen und auch den Gehilfen schuldig, keinen Abzug zu dulden, der dann weitere Kreise ziehen würde. Die Buchdrucker Union und Reich vereinigt, eine Mittellinie zwischen dem Metallarbeiterbund und dem unfernen zu erlangen. Dem allen gelte es eine festgefügte Kollegenschaft entgegenzustellen. In der Aussprache betonten alle Redner den Willen zum einmütigen Abwehrkampf, um festzuhalten, was wir bis jetzt errungen haben.

Literatur.

"Die Frauennwelt" bringt von ihrem sechsen erschienenen Seit 10 ab neben ihrem bisherigen reichen Inhalt drei neue Hefchen: 1. "Wer will Raï?" — ein Meinungswechsel unter den Frauenbinnen der Frauennwelt über alle Sorgen, große und kleine, welche sie bedrücken. 2. Zwei Ausgaben für die ganze Woche mit Rostrezepten. 3. "Gemeinschaft" — weitere feilberlechte Episoden aus dem Leben der Frauen der Frauennwelt zum eifrigen Arbeits geben werden. Jedes Heft der "Frauennwelt" kostet 5 Pf., Mit Schmittmüllerbogen 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postämtern oder direkt vom Verlag S. S. W. D. H. Buchh., Berlin SW 68.
Die "Gesellschaft" bringt in ihrer Septemberrummer wieder eine Reihe außerordentlich lebenswerter Aufsätze. "Die Gesellschaft" erscheint monatlich, Bezugspreis pro Vierteljahr 4,50 M., zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postämtern oder direkt vom Verlag S. S. W. D. H. Buchh., Berlin SW 68, Lindenstr. 8.
Die "Gemeinde" ist die Bestimmung für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, die bei keinem sozialistischen Gemeindeveretreter oder Gemeindefunktionär fehlen darf. "Die Gemeinde" erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet monatlich 90 Pf. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postämtern oder direkt vom Verlag S. S. W. D. H. Buchh., Berlin SW 68, Lindenstr. 8.
"Krautstube" für den Alltag, von West-Gambler, Preis 1 M., Verlagsellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. S. S.
B o l t e r s : Die erhöhe ich mein Einkommen? Preis 1,50 M., Geord-Verlag, Stuttgart.

Abrechnungen.

„In der Woche vom 6. bis 11. September sind folgende Geldbindungen eingegangen: Berlin II. Quartal 30 000 M., Bielefeld III Quartal, 2. Rate 700 M.
Berlin, den 11. September 1926.

J. S o b a h l.

Für die Woche vom 19. bis 25. September ist die Beitragsmarke in das mit 38 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer Kollegen Gerold Hühnd nachträglich zu ihrer Hochzeit mit Herrn Erwald Mühte die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Ologau.

Unserer lieben Kollegen Frieda Schuldi und Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Straßund.

BERLIN

25 Jahre Internationale Gewerkschaftsbewegung

GROSSE KUNDGEBUNG
am Sonntag, dem 19. September 1926
im Kreptower Park
Alle Mitarbeiter u. -arbeiterinnen sammeln sich um 12 Uhr am Gendarmenmarkt (Markgrafenstraße Ecke Mohrenstraße)
Die am Zuge Teilnehmenden erhalten gegen Mitgliedsausweis eine Kontrollmarke, die im Ausweis eingelebt wird. Restlose Beteiligung aller Kolleginnen und Kollegen erfordert die Bedeutung des Tages.
Der Ortsvorstand
D. G l o t h, G. G r o h m a n n.
Die gemeldeten Ordner müssen um 1/12 Uhr am Sammelplatz sein, um ihre Binde durch den Kollegen Blankenburg in Empfang zu nehmen.

STERBETAFEL.
Am 4. September 1926 verstarb im Alter von 22 Jahren unsere liebe Kollegin
Maria Goldmann.
Wir schätzen in der Verstorbene ein treues Mitglied unserer Organisation und werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Kollegenschaft der Zahlstelle Ologau.
Am 6. September 1926 verschied unser lieber, langjähriger Kollege
Friedrich Ertel
(Stroma Fremdenblatt)
im Alter von 67 Jahren.
Kollege Ertel, der in der schlimmsten Zeit des Krieges und der Inflation als Vertrauensmann eines großen Betriebes treu zum Verbands stand, wird uns unbergesslich bleiben.
Zahlstelle Hamburg.

Verantwortlich für Redaktion: A. S c h u l z e, Charlottenburg, Meerfeldstraße 16
Preis: 3 Pf. pro Heft
Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68.